

§ 72a WindSeeG 2023 in der Praxis

A thick, solid orange horizontal bar with rounded ends, positioned to the left of the speaker information.

Syndikus-RA Tobias Kuntz, LL.M. (Edinburgh)
24.08.2023, Essen

1. Überblick Wind Offshore in der EnBW
2. Überblick Genehmigungsregime Offshore
3. Der neue § 72a WindSeeG 2023
4. Bisherige Umsetzung des § 72a WindSeeG 2023 durch das BSH
5. 5 zentrale Thesen zu § 72a WindSeeG 2023

1

Überblick Offshore in der EnBW

Kennzahlen des EnBW-Konzerns



Umsatz
56.002,6 Mio. €



Adjusted EBITDA¹
3.285,7 Mio. €



Mitarbeiter*innen
26.980



Anzahl Kunden
B2C und B2B
Rund **5,5** Millionen



Installierte
Kraftwerksleistung
13.066 MW



davon erneuerbare
Energien
5.444 MW



Netzlänge Strom
147.000 km



Netzlänge Gas
27.000 km

¹ Das um neutrale Effekte bereinigte Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis, Ertragsteuern und Abschreibungen.

Erneuerbare Energien in Zahlen (EnBW-Konzern)



Erzeugungsarten 2022

Laufwasser

1.008 MW

Wind offshore

976 MW

Wind onshore

1.031 MW

Biomasse

84 MW

Photovoltaik

832 MWp

Pumpspeicher (mit nat. Zufluss)

1.513 MW

EnBW-Offshore-Windkraft in der deutschen Nord- und Ostsee

EnBW He Dreiht

960 MW

EnBW Nordsee-Projekt in Planung, weltweit erstes Gebot ohne staatliche Förderung, in den Dimensionen eines konventionellen Großkraftwerks

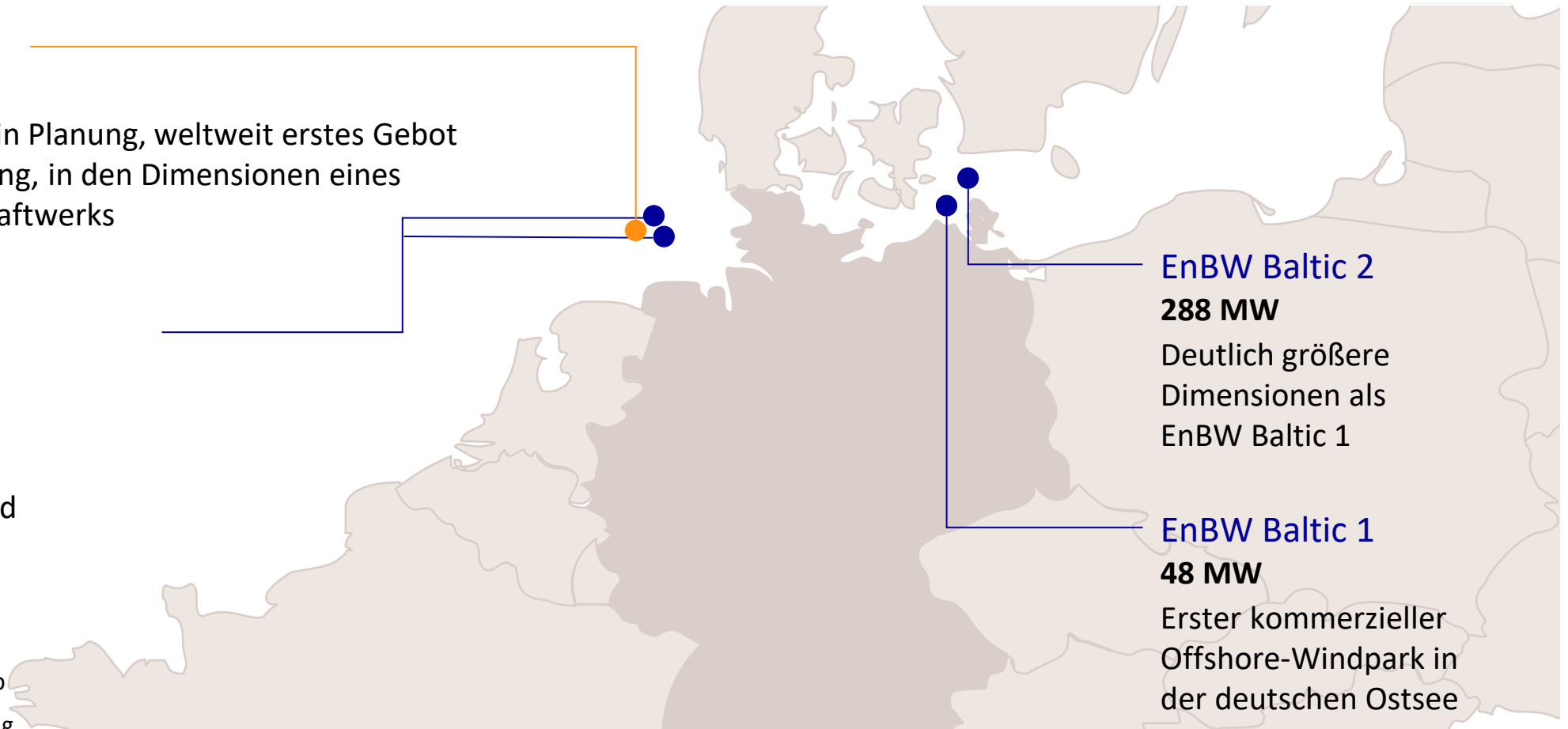
EnBW Hohe See und EnBW Albatros

609 MW gesamt

Größter Offshore-Windpark in Deutschland

● Offshore-Windpark in Betrieb

● Offshore-Windpark in Planung



Die Angaben sind Bruttoleistung und sind nicht konsolidiert.

EnBW und bp entwickeln Offshore-Windparks in Großbritannien

1

Windparks Mona und Morgan (Irische See)

Zuschlag bei Offshore-Auktion 2021

Areale mit 500 und 300 km²

Geplante Leistung 2 x 1,5 GW \triangleq 3,4 Mio. Haushalte

Inbetriebnahme soll ab 2028 erfolgen

2

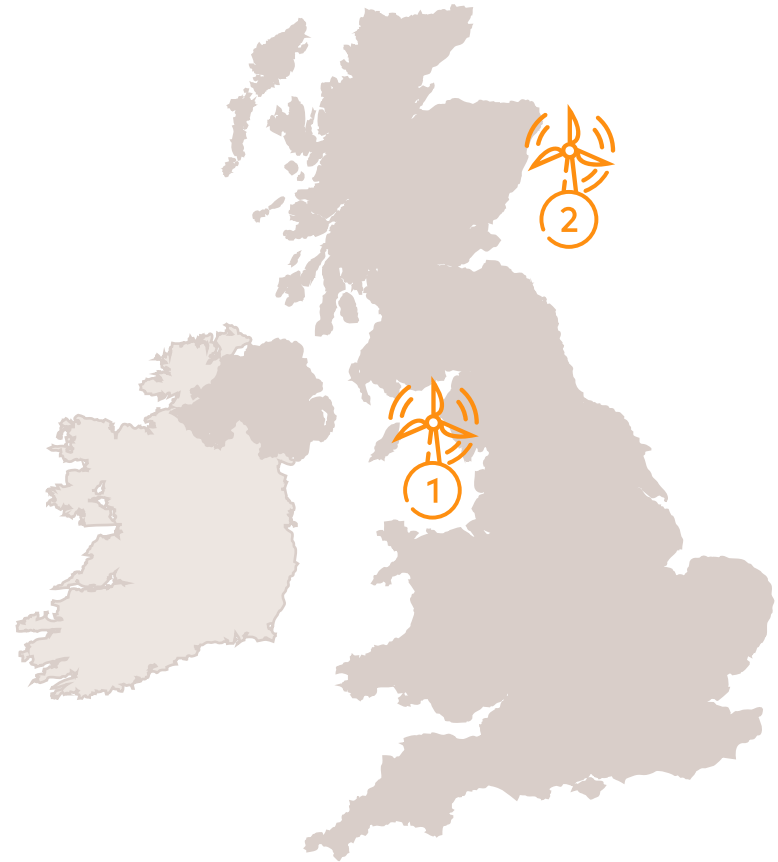
Windpark Morven (Schottische See)

Zuschlag bei Offshore-Auktion 2022

Areal mit 860 km²

Geplante Leistung 2,9 GW \triangleq über 3 Mio. Haushalte

Inbetriebnahme soll bis 2030 erfolgen



2

Überblick Genehmigungsregime Wind Offshore

- Verbindung Flächenausschreibung und Genehmigungsverfahren
- Unterscheide zentral voruntersuchte („beauty contest zzgl. Zahlung) und *nicht* zentral voruntersuchte Flächen (Förderung und ggf. „negative bidding“)
- Sicherstellung der Realisierung durch Meilensteinsystem (sog. „Realisierungsfristen“)
- Vorschriften für Planfeststellungsverfahren: WindSeeG 2023, subsidiär VwVfG
- Zudem: verwaltungsinterne Richtlinien, sog. „Standards“ (z. B. Konstruktion oder Umweltuntersuchung) und „Merkblätter“ des BSH
- Planungsinstrumente: Raumordnungsplan, Flächenentwicklungsplan, Netzentwicklungsplan
- Inbetriebnahme des OWP abhängig von Fertigstellungstermin der Netzanbindung (zuständig: ÜNB)

3

Der neue § 72a WindSeeG 2023

- Europäisches Vorbild des § 72a WindSeeG 2023 : **Art. 6** der Verordnung des Rates vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien (sog. **EU-Notfall-VO**):

Die Mitgliedstaaten können Ausnahmen für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien (...) von der Umweltverträglichkeitsprüfung (...) und von den Bewertungen des Artenschutzes (...) vorsehen, sofern das Projekt in einem für erneuerbare Energien (...) vorgesehenen Gebiet (...) durchgeführt wird, falls die Mitgliedstaaten ein solches Gebiet ausgewiesen haben, und dieses Gebiet einer strategischen Umweltprüfung (...) unterzogen worden ist. Die zuständige Behörde stellt sicher, dass auf der Grundlage der vorhandenen Daten geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen ergriffen werden (...) Falls solche Maßnahmen nicht verfügbar sind, stellt die zuständige Behörde sicher, dass der Betreiber einen finanziellen Ausgleich für Artenschutzprogramme zahlt (...).

Umsetzung in § 72a WindSeeG 2023 (stichpunktartig)

- § 72a Abs. 1 WindSeeG 2023:
 - § 72a WindSeeG 2023: Windenergieanlagen auf See, die im FEP ausgewiesen sind; Ausschreibung 2022, 2023
 - Keine UVP und keine Prüfung des Artenschutzes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG
 - Gilt nicht für Flächen in der Ostsee (Vogelzugkorridore)
 - Zudem: Geltung auch für Offshore-Anbindungsleitungen; Wegfall der Prüfung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (Artenschutz)
- § 72a Abs. 2 WindSeeG 2023:
 - BSH stellt unter Beteiligung des BfN sicher, dass auf der Grundlage der vorhandenen Daten geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen ergriffen werden, um die Vorschriften zum Artenschutz zu gewährleisten; der Einsatz von Blasenschleiern ist dabei immer anzuordnen
 - Die Minderungsmaßnahmen sind auch dann anzuordnen, wenn Daten erst später erhoben werden und dem BSH/ dem BfN die Anordnung „sinnvoll erscheint“

Umsetzung in § 72a WindSeeG 2023 (stichpunktartig)

- § 72a Abs. 2 WindSeeG 2023 (*Fortsetzung*)
 - nach Ablauf von zwei Jahren: Durchführung einer artenschutzrechtlichen Prüfung unter Rückgriff auf die dann erhobenen Daten aus dem Betriebsmonitoring; ggf. Anordnung erweiterter Minderungsmaßnahmen
 - Soweit geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen nicht verfügbar sind, Daten nicht vorhanden sind oder Erhebung erst während des Betriebs: Finanzieller Ausgleich für nationale Artenhilfsprogramme; Höhe der Zahlung: 300 Euro und 1250 Euro pro Megawatt, wobei dies von der Anzahl und der Schutzwürdigkeit der Art abhängt
- § 72 Abs. 3 WindSeeG 2023:
 - u. U. Geltung auch für laufende Planfeststellungsverfahren
 - Antrag auf Planfeststellung/ Plangenehmigung muss bis zum Ablauf des 30. Juni 2024 gestellt worden sein



(einige der) **Fragen**: Erstreckung auf 2024 ff (Antw.: vermutlich ja); Welche Daten sind vorhanden (Antw.: mind. SUP-Daten)?; Was sind die Minderungsmaßnahmen (Antw.: wohl die [dann aktualisierten und modifizierten] Standard-Nebenbestimmungen)?; Sind bei nicht voruntersuchten Flächen Daten vorhanden (Antw.: wohl ja, mindestens aus SUP des FEP; also i. E. *deswegen* jedenfalls keine Zahlung)?; Wer entscheidet über Höhe der Ausgleichszahlung (Antw.: unklar, wie das festgelegt wird)?

4

Bisherige Umsetzung des § 72a
WindSeeG 2023 durch BSH

- Seit 2020: Merkblätter bzgl. für das Verfahren einzureichenden Unterlagen; Version vom 20.06.2023: Berücksichtigung § 72a WindSeeG 2023
- Grds. Unterscheidung:
 - Zentral voruntersuchte Flächen: Plangenehmigung; Unterlagen aus Voruntersuchung können herangezogen werden
 - Nicht zentral voruntersuchte Flächen: Planfeststellung; keine Unterlagen aus Voruntersuchung
- Mit Novelle zum WindSeeG 2023: „Abschichtung“ in § 72 WindSeeG 2023 = Mehrfachprüfung vermeiden, Delta-Betrachtung zwischen SUP-Unterlagen und/ oder Daten aus Voruntersuchungen
- Soweit § 72a WindSeeG 2023 anwendbar: (trotzdem) „**eingeschränktes Prüfprogramm**“ zur Beurteilung der „Gefährdung der Meeresumwelt“ nach § 69 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 WindSeeG 2023; ergo: die Nicht-Gefährdung der Meeresumwelt ist nach wie vor Prüfungsgegenstand des Planfeststellungsverfahrens

Merkblatt einzureichende Unterlagen nicht zentral voruntersuchte Flächen
(Stand: 20.06.2023)

Im Planfeststellungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen auf See einschließlich Nebeneinrichtungen auf nicht zentral voruntersuchten Flächen gemäß §§ 68 Abs. 1, 69 Abs. 3, 72a WindSeeG i.V.m. § 73 Abs. 1 S. 2 VwVfG einzureichende Unterlagen

A. Allgemeines

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) vom 20.07.2022 sind in Teil 3 Abschnitt 2 des WindSeeG Vorschriften für die Durchführung von Ausschreibungen für Vorhaben auf nicht zentral voruntersuchten Flächen in §§ 16ff WindSeeG aufgenommen worden. Für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auf See (WEA) einschließlich Nebeneinrichtungen auf nicht zentral voruntersuchten Flächen bedarf es nach § 66 Abs. 1 WindSeeG der Planfeststellung, bei wesentlichen Änderungen oder bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 74 Abs. 6 VwVfG kann ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen sein.

Das Windenergie-auf-See-Gesetz enthält Vorgaben für die im Planfeststellungsverfahren einzureichenden Unterlagen sowie für die Erteilung der Zulassungsentscheidung (Planfeststellungsbeschluss). Dabei ist bei der Erteilung der Zulassungsentscheidung das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen auf See und deren Bedeutung für die öffentliche Sicherheit zu berücksichtigen, §§ 1 Abs. 3, 69 Abs. 3 Satz 2 WindSeeG. Gemäß § 66 Abs. 3 WindSeeG sind für das Planfeststellungsverfahren auch die §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes anzuwenden, soweit das WindSeeG nichts anderes bestimmt. Für die einzureichenden Umweltunterlagen ergeben sich für Vorhaben im Anwendungsbereich des § 72a WindSeeG teilweise Besonderheiten.

Aus den vorgenannten Vorschriften ergeben sich die im Folgenden aufgeführten Anforderungen an die grundsätzlich einzureichenden Antrags- und Planunterlagen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Übersicht keine rechtliche Bindungswirkung entfaltet und sich auf die Angaben und Unterlagen beschränkt, die nach dem derzeitigen Prüf- und Erkenntnisstand mindestens beizubringen sind. Diese Übersicht erfolgt damit vorbehaltlich weiterer Erkenntnisse im konkreten Zulassungsverfahren oder Änderungen der Sach- und Rechtslage. Nachforderungen von Unterlagen kommen insbesondere bei Änderungen der Sach- und Rechtslage oder bei neuen Erkenntnissen in Betracht, soweit diese entscheidungserheblich sind.

Reichen die von der Vorhabenträgerin gemachten Angaben und eingereichten Unterlagen für die Prüfung im konkreten Einzelvorhaben nicht aus, so kann das BSH einmalig und innerhalb von sechs Wochen nach Einreichung der Unterlagen von der Vorhabenträgerin verlangen, die Unterlagen innerhalb einer vom BSH gesetzten angemessenen Frist zu ergänzen. Kommt die Vorhabenträgerin dem nicht nach, kann das BSH den Antrag ablehnen (§ 68 Abs. 2 WindSeeG).

Hinweise zur abgeschichteten Prüfung:

Im Unterschied zu den Plangenehmigungsverfahren auf zentral voruntersuchten Flächen kann im Planfeststellungsverfahren für Vorhaben auf nicht zentral

- **Konkret bedeutet dies...**
 - Keine UVP, keine Artenschutzprüfung, aber: **Abgleich** des eigenen Vorhabens mit **Ergebnissen der iRd FEP durchgeführten SUP**
 - Zudem einige „Sonderpunkte“, die vom Anwendungsbereich des § 72a WindSeeG 2023 unabhängig durchzuführen sind:
 - Grenzüberschreitende Umweltauswirkungen
 - Ausführungen zum Wasserrecht, § 45a Abs. 1 WHG
 - Fachbeitrag nach § 30 BNatSchG (= Betrachtung Biotopschutz)
 - Fachbeitrag nach § 34 BNatSchG (= Betrachtung FFH-Gebiete)
- Neu: Informationen zur Ermittlung geeigneter Minderungsmaßnahmen:
 - (eigene) Ausführungen zu Minderungsmaßnahmen
 - Schallprognose
 - Emissionskonzept, insbes. unter Berücksichtigung des entspr. FEP-Kapitels

Merkblatt einzureichende Unterlagen nicht zentral voruntersuchte Flächen
(Stand: 20.08.2023)

Im Planfeststellungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen auf See einschließlich Nebeneinrichtungen auf nicht zentral voruntersuchten Flächen gemäß §§ 68 Abs. 1, 69 Abs. 3, 72a WindSeeG i.V.m. § 73 Abs. 1 S. 2 VwVfG einzureichende Unterlagen

A. Allgemeines

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) vom 20.07.2022 sind in Teil 3 Abschnitt 2 des WindSeeG Vorschriften für die Durchführung von Ausschreibungen für Vorhaben auf nicht zentral voruntersuchten Flächen in §§ 16ff WindSeeG aufgenommen worden. Für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auf See (WEA) einschließlich Nebeneinrichtungen auf nicht zentral voruntersuchten Flächen bedarf es nach § 66 Abs. 1 WindSeeG der Planfeststellung, bei wesentlichen Änderungen oder bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 74 Abs. 6 VwVfG kann ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen sein.

Das Windenergie-auf-See-Gesetz enthält Vorgaben für die im Planfeststellungsverfahren einzureichenden Unterlagen sowie für die Erteilung der Zulassungsentscheidung (Planfeststellungsbeschluss). Dabei ist bei der Erteilung der Zulassungsentscheidung das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen auf See und deren Bedeutung für die öffentliche Sicherheit zu berücksichtigen, §§ 1 Abs. 3, 69 Abs. 3 Satz 2 WindSeeG. Gemäß § 66 Abs. 3 WindSeeG sind für das Planfeststellungsverfahren auch die §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes anzuwenden, soweit das WindSeeG nichts anderes bestimmt. Für die einzureichenden Umweltunterlagen ergeben sich für Vorhaben im Anwendungsbereich des § 72a WindSeeG teilweise Besonderheiten.

Aus den vorgenannten Vorschriften ergeben sich die im Folgenden aufgeführten Anforderungen an die grundsätzlich einzureichenden Antrags- und Planunterlagen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Übersicht keine rechtliche Bindungswirkung entfaltet und sich auf die Angaben und Unterlagen beschränkt, die nach dem derzeitigen Prüf- und Erkenntnisstand mindestens beizubringen sind. Diese Übersicht erfolgt damit vorbehaltlich weiterer Erkenntnisse im konkreten Zulassungsverfahren oder Änderungen der Sach- und Rechtslage. Nachforderungen von Unterlagen kommen insbesondere bei Änderungen der Sach- und Rechtslage oder bei neuen Erkenntnissen in Betracht, soweit diese entscheidungserheblich sind.

Reichen die von der Vorhabenträgerin gemachten Angaben und eingereichten Unterlagen für die Prüfung im konkreten Einzelvorhaben nicht aus, so kann das BSH einmalig und innerhalb von sechs Wochen nach Einreichung der Unterlagen von der Vorhabenträgerin verlangen, die Unterlagen innerhalb einer vom BSH gesetzten angemessenen Frist zu ergänzen. Kommt die Vorhabenträgerin dem nicht nach, kann das BSH den Antrag ablehnen (§ 68 Abs. 2 WindSeeG).

Hinweise zur abgeschichteten Prüfung:
Im Unterschied zu den Plangenehmigungsverfahren auf zentral voruntersuchten Flächen kann im Planfeststellungsverfahren für Vorhaben auf nicht zentral

1

- Neu: Informationen zur Ermittlung geeigneter Minderungsmaßnahmen (*Fortsetzung*)
 - ...
 - Ausführungen zur 2-K-Kabelerwärmung (inkl. evtl. PowerBoost und Overplanting)
 - Unterlagen zur Eingriffsermittlung nach § 15 BNatSchG (= Ausgleich Landschaftsbild, jetzt auch bei OWP; Ausnahme greift nicht mehr)
 - Konzept zum Monitoring von Vogelkollisionen
 - Vorkonzept
 - für die Durchführung des Monitorings baubedingter Auswirkungen (nach § 77 Abs. 3 Nr. 1 WindSeeG 2023)
 - für die Erstellung des nachträglich anzufertigenden Artenschutzberichtes nach § 72a Abs. 2 S. 4 WindSeeG 2023

Merkblatt einzureichende Unterlagen nicht zentral voruntersuchte Flächen
(Stand: 20.08.2023)

Im Planfeststellungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen auf See einschließlich Nebeneinrichtungen auf nicht zentral voruntersuchten Flächen gemäß §§ 68 Abs. 1, 69 Abs. 3, 72a WindSeeG i.V.m. § 73 Abs. 1 S. 2 VwVfG einzureichende Unterlagen

A. Allgemeines

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) vom 20.07.2022 sind in Teil 3 Abschnitt 2 des WindSeeG Vorschriften für die Durchführung von Ausschreibungen für Vorhaben auf nicht zentral voruntersuchten Flächen in §§ 16ff WindSeeG aufgenommen worden. Für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auf See (WEA) einschließlich Nebeneinrichtungen auf nicht zentral voruntersuchten Flächen bedarf es nach § 66 Abs. 1 WindSeeG der Planfeststellung, bei wesentlichen Änderungen oder bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 74 Abs. 6 VwVfG kann ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen sein.

Das Windenergie-auf-See-Gesetz enthält Vorgaben für die im Planfeststellungsverfahren einzureichenden Unterlagen sowie für die Erteilung der Zulassungsentscheidung (Planfeststellungsbeschluss). Dabei ist bei der Erteilung der Zulassungsentscheidung das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen auf See und deren Bedeutung für die öffentliche Sicherheit zu berücksichtigen, §§ 1 Abs. 3, 69 Abs. 3 Satz 2 WindSeeG. Gemäß § 66 Abs. 3 WindSeeG sind für das Planfeststellungsverfahren auch die §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes anzuwenden, soweit das WindSeeG nichts anderes bestimmt. Für die einzureichenden Umweltunterlagen ergeben sich für Vorhaben im Anwendungsbereich des § 72a WindSeeG teilweise Besonderheiten.

Aus den vorgenannten Vorschriften ergeben sich die im Folgenden aufgeführten Anforderungen an die grundsätzlich einzureichenden Antrags- und Planunterlagen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Übersicht keine rechtliche Bindungswirkung entfaltet und sich auf die Angaben und Unterlagen beschränkt, die nach dem derzeitigen Prüf- und Erkenntnisstand mindestens beizubringen sind. Diese Übersicht erfolgt damit vorbehaltlich weiterer Erkenntnisse im konkreten Zulassungsverfahren oder Änderungen der Sach- und Rechtslage. Nachforderungen von Unterlagen kommen insbesondere bei Änderungen der Sach- und Rechtslage oder bei neuen Erkenntnissen in Betracht, soweit diese entscheidungserheblich sind.

Reichen die von der Vorhabenträgerin gemachten Angaben und eingereichten Unterlagen für die Prüfung im konkreten Einzelvorhaben nicht aus, so kann das BSH einmalig und innerhalb von sechs Wochen nach Einreichung der Unterlagen von der Vorhabenträgerin verlangen, die Unterlagen innerhalb einer vom BSH gesetzten angemessenen Frist zu ergänzen. Kommt die Vorhabenträgerin dem nicht nach, kann das BSH den Antrag ablehnen (§ 68 Abs. 2 WindSeeG).

Hinweise zur abgeschichteten Prüfung:

Im Unterschied zu den Plangenehmigungsverfahren auf zentral voruntersuchten Flächen kann im Planfeststellungsverfahren für Vorhaben auf nicht zentral

1

- § 72a WindSeeG 2023 verschlankt die Planfeststellungsverfahren auf Seiten des BSH, aber (so bisherige Erkenntnis) nicht unbedingt das Verfahren auf Seiten des TdV
- Grund hierfür:
 - TdV hat Bau- und Betriebsmonitoring durchzuführen (10 Jahre, vgl. § 78 Abs. 3 Nr. 1 WindSeeG 2023)
 - Gem. StUK 4 stellt das Betriebsmonitoring als Vergleich grds. auf die Erhebungsdaten der sog. „Basisaufnahme“ ab
 - Diese „Basisaufnahme“ wurde üblicherweise iRd UVP durchgeführt, die jetzt ja gerade *nicht* mehr stattfinden soll
 - Auf die Frage, *welche* Daten dem (nach wie vor vorgesehenen) Betriebsmonitoring zugrunde gelegt werden sollen, antwortete die BNetzA (das BSH) im Rahmen der Ausschreibungs-FAQ: „Die Baseline für das Monitoring ist die Basisaufnahme nach Teil B Tabelle 1.1 ff des StUK 4.“ (FAQ Nr. 36a)
- Ergebnis: **nach *jetzigem* Stand** hat der OWP die **Basisaufnahme durchzuführen**: Die Basisaufnahme spielt im Planfeststellungsverfahren/ Planfeststellungsbeschluss zwar keine Rolle, wohl aber als Vergleichswert beim Betriebsmonitoring
- Hinzu kommt: Nachholen der Artenschutzprüfung (so, wie es § 72a WindSeeG 2023 vorsieht)

5

5 zentrale Thesen zu § 72a WindSeeG 2023

1

§ 72a WindSeeG 2023 ist verpflichtend und wird vermutlich bleiben: § 72a WindSeeG 2023 Gilt vorerst nur für Ausschreibungen 2022/ 23; Verlängerung der Notfall-VO iRd RED III aber wahrscheinlich

2

Sondersituation Offshore: Kein direkter Vergleich mit Onshore-Regelungen: Vergleich mit § 43m EnWG oder § 6 WindBG nur tlv. sinnvoll, da Offshore konzeptionell „eigenen Regeln“ folgt (z. B. Realisierungsfristen, Betriebsmonitoring, nachträgliche Artenschutzprüfung... etc.)

3

§ 72a WindSeeG 2023 bedeutet nicht, dass es keine Umweltprüfung mehr gibt: Reaktionen BNetzA/ BSH in den Ausschreibungsverfahren bzw. in Merkblatt zeigen: die Prüfungen fallen nicht gänzlich weg, BSH spricht von „eingeschränktem Prüfprogramm“; hinzu kommt: Betriebsmonitoring mit vorangestellter Basisaufnahme

4

„Much needed“: Klare, verlässliche Umsetzung: Klare Umsetzungsregeln (Merkblätter und [ggf. zu überarbeitende] Standards sind „richtiger Weg“); schnelle Antragskonferenzen, *schnelles* „Miteinander“ notwendig

5

Reaktion der Betreiber noch unklar: Adaptionenprozesse auch bei Betreibern notwendig; Fragestellungen z. B. freiwillige Untersuchungen? Zeitpunkt der Basisaufnahme für Monitoring; kurzum: die praktische Umsetzung des § 72a WindSeeG 2023 muss weiter beobachtet werden

Vielen Dank

A solid orange horizontal bar with rounded ends, positioned below the main title.

Tobias Kuntz, LL.M. (Edinburgh)
Senior Legal Counsel (Syndikus-RA)

EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

Email: t.kuntz@enbw.com

BACK UP

- Umsetzung in § 72a WindSeeG 2023 (Auszug):

(1) ¹Bei der Zulassung oder der Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs von Windenergieanlagen auf See in im Flächenentwicklungsplan ausgewiesenen und in den Jahren 2022 und 2023 ausgeschriebenen Flächen für Windenergieanlagen auf See ist von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Prüfung des Artenschutzes nach § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes abzusehen. ²Satz 1 ist nicht auf Flächen anzuwenden, die in der Ostsee liegen. ³Bei der Zulassung von Offshore-Anbindungsleitungen (...) ist von der Prüfung des Artenschutzes nach § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes abzusehen.

(2) (....)

- Umsetzung in § 72a WindSeeG 2023 (Auszug):

(...) (2) ¹Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie stellt mit Beteiligung des Bundesamtes für Naturschutz sicher, dass auf der Grundlage der vorhandenen Daten geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen, die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik anerkannt sind, ergriffen werden, um die Einhaltung der Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes zu gewährleisten. ²Der Einsatz von Blasenschleiern zur Einhaltung der etablierten Schallschutzgrenzwerte zum Schutz von Meeressäugern ist immer anzuordnen. ³Satz 1 ist auch auf solche Fälle anzuwenden, in denen Daten erst später erhoben werden und auf dieser Basis die Anordnung geeigneter und verhältnismäßiger Minderungsmaßnahmen durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Naturschutz sinnvoll erscheint, um die Einhaltung der Vorschriften nach § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes zu gewährleisten. ⁴Nach Ablauf von zwei Jahren ist für Windenergieanlagen auf See auf Grundlage des Monitorings nach § 77 Absatz 3 Nummer 1 eine besondere artenschutzrechtliche Prüfung durchzuführen und soweit erforderlich, erweiterte Minderungsmaßnahmen anzuordnen. ⁵Soweit geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen nicht verfügbar sind, Daten nicht vorhanden sind oder erst während des Betriebs erhoben werden, hat der Träger des Vorhabens einen finanziellen Ausgleich für nationale Artenhilfsprogramme (...) zu zahlen (...). ⁶Die Zahlung (...) ist (...) zusammen mit der Zulassungsentscheidung für die Dauer des Betriebs als jährlich zu leistender Betrag festzusetzen. ⁷Die Zahlung für Offshore-Anbindungsleitungen (...) ⁸Die Höhe der Zahlung (...) bemisst sich unter Berücksichtigung der angeordneten Minderungsmaßnahmen auf Grundlage beim [BSH] (...) vorhandener Daten nach Art, Schwere und Ausmaß der Beeinträchtigungen, insbesondere der Anzahl und Schutzwürdigkeit der betroffenen Arten und hat zwischen 300 Euro und 1250 Euro der bezuschlagten Leistung in Megawatt zu betragen. ⁹ (...) ¹⁰Die Zahlungen sind von dem Träger des Vorhabens als zweckgebundene Abgabe an den Bund zu leisten. ¹¹(...) ¹²(...) ¹⁵Eine Ausnahme nach § 45 Absatz 7 des Bundesnaturschutzgesetzes ist nicht erforderlich.

- Umsetzung in § 72a WindSeeG 2023 (Auszug):

(...) (3) ¹Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sind auf alle Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren anzuwenden, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30. Juni 2024 stellt. ²Sie sind ebenfalls auf bereits laufende Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren anzuwenden, bei denen der Antragsteller den Antrag vor dem 29. März 2023 gestellt hat und bei denen noch keine endgültige Entscheidung ergangen ist, wenn das Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren damit verkürzt wird. ³Die Sätze 1 und 2 sind für das gesamte Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren anzuwenden, ungeachtet dessen, ob es bis zum Ablauf des 30. Juni 2024 abgeschlossen wird.